

Rede des Landrats zur Einbringung des Entwurfs des Haushaltsplans 2020 im Kreistag des Bodenseekreises am 20. November 2019

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herrn Kreisräte,
liebe Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir stellen Ihnen heute den Entwurf des Haushaltsplans für das kommende Jahr 2020 vor. Es ist ein Entwurf, der sowohl im Ergebnishaushalt wie auch im Finanzhaushalt in Erträgen und Aufwendungen ausgeglichen ist. Das hört sich gut an, und es ist auch gut. Dem heutigen Tag ist ein gutes Stück Arbeit seitens der Kreisverwaltung vorausgegangen. Als am Ende der Sommerferien die Mittelanmeldungen aus den 24 Ämtern und vier Dezernaten zusammengetragen wurden, klaffte noch eine Deckungslücke in Höhe von acht Mio. Euro. In ausführlichen Diskussionen zwischen der Kämmerei und den Fachämtern, in denen praktisch jede Haushaltsposition beleuchtet wurde, wurde das Ergebnis erreicht, das wir Ihnen heute präsentieren. Deshalb gilt gleich zu Beginn mein Dank allen Kolleginnen und Kollegen aus dem Haus, die an diesem Werk mitgearbeitet haben, selbstverständlich der Kämmerei, die die Hauptarbeit hatte und noch hat, aber auch den Controllern, Haushaltsverantwortlichen und den Führungskräften, die an diesem Entwurf mitgearbeitet haben.

Also: Ende gut, alles gut? Nein, so einfach ist es denn doch wieder nicht. Bei genauem Hinsehen zeigt sich, dass der Haushalt einerseits von Stabilität im Vergleich zu den Vorjahren gekennzeichnet ist, andererseits aber auch einige Unwägbarkeiten enthält. Stabil ist die Kreisumlage. Sie liegt wieder bei 32%-Punkten. Das ist erklärungsbedürftig, insbesondere für die neuen Mitglieder im Kreistag. Denn im letzten Jahr lag die Kreisumlage bei 30,8 %-Punkten. Also doch eine Erhöhung? Ja und nein: auch für 2019 hatte die Kreisverwaltung mit 32%-Punkten geplant und der Haushalt war praktisch schon unter Dach und Fach, als uns die Nachricht aus unserem Regionalen Innovations- und Technologiezentrum, kurz RITZ genannt, erreichte, dass geplante Kredite in Höhe von vier Mio. Euro nicht benötigt werden. Diesen Betrag haben wir seinerzeit kurzerhand von der Kreisumlage abgezogen; es war aber allen klar, dass wir dann im kommenden Jahr die Mittel benötigen.

Stabil bleiben wir auch in der Finanzpolitik. Wir bauen wieder Schulden ab. Nach dem Höchststand der Verschuldung im Jahr 2006 mit annähernd 60 Mio. Euro, ist es in den letzten zwölf Jahren gelungen, den Schuldenstand um 2/3 zu senken, Ende 2020 werden wir noch mit etwas mehr als 20 Mio. Euro verschuldet sein.

Die dadurch gewonnenen finanziellen Spielräume sind aber auch dringend notwendig angesichts der gewaltigen Investitionen, die vor uns liegen. Ich nenne mal nur die „großen Brocken: die Sanierung des Bildungszentrums in Markdorf, den Neubau beim Landratsamt, die Erweiterung und Sanierung des Berufsschulzentrums in Überlingen, die Ortsumfahrung Markdorf, die Umsetzung des Radwegenetzes, die Verbesserung des ÖPNV, die Ertüchtigung der Bodenseegürtelbahn, die neue Straßenmeisterei in Markdorf. Man muss kein Prophet sein, um zu erkennen, dass wir das nur mit einer maßvollen Erhöhung der Verschuldung werden stemmen können. Aber auch die Kreisumlage wird einer Belastungsprobe ausgesetzt sein.

Zurück zum Thema Schulden: wir werden rund 3,5 Mio. Euro tilgen und schlagen Ihnen gleichzeitig vor, 2,7 Mio. Euro neue Schulden aufzunehmen. Diese dienen der energetischen Sanierung des Bildungszentrums in Markdorf, wir bekommen das Geld von der KfW zu extrem niedrigen Zinsen von 0,01 % - das sind über die Laufzeit von zehn Jahren rund 1.300 Euro – und sichern uns gleichzeitig einen Zuschuss in Höhe von rund 450.000 Euro. Unter dem Strich ist dieser Kredit also ein Geschäft für den Landkreis.

Damit bin ich bei den Unwägbarkeiten des Haushaltsentwurfs für 2020. Abgesehen davon, dass wir natürlich nicht in die Zukunft blicken können, gibt es zwei Punkte, die ich erwähnen muss, weil damit ein Finanzrisiko in Höhe von bis zu neun Mio. Euro verbunden ist.

Der erste Punkt ist die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG), wie der Name schon sagt: ein Gesetz des Bundes. Die damit verbundenen Kosten sind eindeutig konnexitätsrelevant, das heißt, das Land muss uns die Mehrkosten ersetzen. Das haben auch unisono Ministerpräsident Kretschmann, Finanzministerin Sitzmann und Sozialminister Lucha mehrfach bestätigt. Soweit die Theorie. Die Berechnungen der kommunalen Spitzenverbände in Baden-Württemberg ergeben jährliche Mehrkosten durch das BTHG in Höhe von bis zu 150 Mio. Euro landesweit. Das Finanzministerium geht davon aus, dass es allenfalls elf Mio. Euro werden. Das ist nur schwer nachvollziehbar. Nicht akzeptabel ist es aber, dass das Land nicht bereit ist, sich darauf einzulassen, dass hinterher abgerechnet wird. Ich habe den Eindruck, dass man sich hier eine Hintertür offenhalten will, um hinterher doch wieder Kosten auf den kommunalen Schultern abzuladen. Für den Bodenseekreis bedeutet das ein Risiko in Höhe von rund fünf Mio. Euro. Wir haben im Haushalt das BTHG in Ausgaben und Einnahmen ausgeglichen dargestellt, weil wir mit Landkreistag, Gemeindetag und Städtetag die Hoffnung noch nicht aufgegeben haben, dass wir der Landesregierung trauen dürfen.

Ganz ähnlich verhält es sich mit den Kosten für die Asylunterbringungen. Auch hier haben uns Ministerpräsident Kretschmann und Innenminister Strobl die „Spitzabrechnung“ versprochen. Offenbar versteht man im Innenministerium und in den Regierungspräsidien darunter, dass man als der hinterher Klügere mit spitzem Griffel rechnet.

Ein Beispiel dazu: das Regierungspräsidium verlangt von uns minutiöse Listen, wer wann wo in welcher Unterkunft wie lange gewohnt hat.

Als uns die Menschen zugewiesen wurden, waren sie zum großen Teil weder registriert, noch gesundheitlich untersucht, noch erkennungsdienstlich behandelt, wie das Land es hätte machen müssen. Ich bin stolz darauf, dass unsere Bundeskanzlerin Recht behalten hat: wir haben diese große Herausforderung geschafft, mit einer riesigen Zahl ehrenamtlicher Helfer und einem tollen Engagement meines Teams hier im Haus. Jetzt aber uns auf den Kosten zumindest zum Teil sitzen zu lassen, ist unanständig. Natürlich – und Gott sei Dank – bekommen wir einen guten Teil der Kosten vom Land erstattet. Aber wir gehen davon aus, dass wir im Bodenseekreis einen Betrag von annähernd vier Mio. Euro aus der eigenen Tasche zahlen müssen, wenn das Land hier nicht einlenkt. Zur Ehrlichkeit gehört aber auch dazu, dass dieser Betrag zu einem guten Teil darauf beruht, dass leider immer noch nicht alle Städte und Gemeinden ihrer Verpflichtung zur Aufnahme von geflüchteten Menschen nachkommen.

Übrigens: seit rund drei Jahren kommen monatlich ca. 15 bis 30 Flüchtlinge in den Bodenseekreis. Das sind Zahlen, wie wir sie vor dem großen Zustrom geflüchteter Menschen 2015 seit Jahren kannten. Damit können wir sehr gut umgehen.

Die beiden genannten Positionen, BTHG und Asylkosten, summieren sich also für uns auf rund neun Mio. Euro. Und wie uns geht es allen Landkreisen in Baden-Württemberg. Das ist auch der Grund, warum es zum zweiten Mal in Folge nicht gelungen ist, in der Gemeinsamen Finanzkommission (GFK) des Landes mit den kommunalen Spitzenverbänden zu einer Empfehlung für den Haushalt des Landes zu kommen. Das hat es in den letzten Jahren nicht gegeben. Die Stärke des Landes Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern liegt unter anderem auch in der guten Finanzausstattung der kommunalen Ebene. Das gefährdet nun die Landespolitik mit ihrer starren Haltung. Ich kann nur hoffen, dass das Parlament noch die richtigen Akzente bei den Haushaltsplanungen setzt.

Nun aber wieder auf die Ebene des Bodenseekreises, und da gibt es durchaus Erfreuliches zu vermelden:

Die Steuerkraftsumme der Städte und Gemeinden im Landkreis ist erneut gestiegen, das führt bei dem erwähnten Hebesatz der Kreisumlage zu Mehreinnahmen von fast neun Mio. Euro.

Die immer noch gute Konjunktur und die Zinspolitik der EZB führen zu Immobiliengeschäften auf nach wie vor hohem Niveau. Die einzige Steuer, die dem Landkreis zumindest anteilig direkt zusteht, nämlich die Grunderwerbsteuer, steigt daher um eine weitere Mio. Euro an.

Erfreulich ist auch, dass wir nach mehreren Nullrunden bei der Ausschüttung durch die OEW wieder einen Ertrag in Höhe von 1,5 Mio. Euro verbuchen dürfen.

Ich habe es schon viele Male gesagt und wiederhole es gerne mit Respekt: die EnBW hat wie kein anderer großer Energieversorger sich nicht nur auf die Energiewende eingestellt, sondern diese maßgeblich mit Milliardeninvestitionen vorangetrieben – auch mit voller Rückendeckung der Oberschwäbischen Elektrizitätswerke. Ich darf nur an die Kapitalerhöhung von 400 Mio. Euro erinnern, bei der die OEW vorangegangen sind, das Land ist seinerzeit nur zögerlich, um nicht zu sagen widerwillig gefolgt. Heute ist die EnBW auf gutem Kurs und wir dürfen mit der genannten Dividendenausschüttung daran partizipieren – und übrigens das Land auch!

Diese Mehreinnahmen sind aber auch dringend erforderlich, um die vielen Aufgaben zu erledigen:

Im Jahr 2020 stehen erneut die Investitionen in unsere Bildungseinrichtungen ganz oben auf der Investitionsliste. Allen voran ist das Bildungszentrum in Markdorf (BZM) zu nennen. Die Sanierung der Sporthalle ist nahezu abgeschlossen, Sanierung und Ausbau des Schulgebäudes laufen auf Hochtouren. Noch vor einem Jahr haben wir in unser Berufsschulzentrum in Überlingen so viel investiert, wie es für den Unterhalt der Gebäude sinnvoll und richtig war. Jetzt reden wir über eine Erweiterung und Sanierung, die das BZM weit in den Schatten stellen dürfte. Hier werden wir die Planungen in enger Abstimmung mit der Stadt Überlingen vorantreiben. Aber auch an allen anderen Schulstandorten, die der Bodenseekreis zu verantworten hat, investieren wir insgesamt Beträge im siebenstelligen Bereich, von der Hotel- und Gaststättenschule in Tettngang über die dortige Elektronikschule, das Berufsschulzentrum in Friedrichshafen, die Pestalozzischule in Markdorf bis zur Sonnenbergschule in Salem-Buggensegel. Was die Schulen an Bedarf angemeldet haben, ist im Kreishaushalt in vollem Umfang abgebildet. Bildung zu fördern, ist im Bodenseekreis nicht Sonntagsgerede, sondern gelebte Politik.

Genauso wichtig sind die Investitionen in die Infrastruktur. Die Planungen für den Ausbau der Bodenseegürtelbahn laufen. Im Moment hängt alles an der Überrechnung des Verkehrsknotens in Stuttgart. Wir sind auf gutem Weg. Mit der Aufstockung der Bundesmittel kommen wir bei den verbleibenden Kosten für die Landkreise in realisierbare Größenordnungen – unter der Voraussetzung, dass das Land bei seiner Zusage der Mitfinanzierung in Höhe von 20% bleibt. Ein großes Dankeschön geht hier nach Berlin.

Wir haben im Haushalt den Auftrag abgebildet, im ÖPNV jährlich eine Mio. Euro mehr vorzusehen. Wir werden flächendeckend im Landkreis den Busverkehr erheblich verbessern können. Noch sind wir nicht so weit wie unsere Nachbarn in Vorarlberg, aber wir sind auf gutem Weg.

Wenn es wirklich gelingen sollte, auf der Seelinie einen Viertelstundentakt anzubieten – und im Moment sieht alles danach aus – dann hat das beinahe Großstadtniveau. Gleichzeitig werden wir die auch die Verkehre im weniger dicht besiedelten Teil des Landkreises deutlich verbessern und insbesondere vertakten können.

Der RegioBus Ravensburg – Konstanz ist in den Startlöchern, und wenn wir nicht wegen neuerlicher Nachfragen des Verkehrsministeriums wieder eine Schleife drehen müssten, dann könnte das auch schon zum Fahrplanwechsel im Dezember geschehen, so wird's wohl März 2020 werden.

Im Gespräch mit meinen Landratskollegen Elmar Stegmann aus Lindau und Harald Sievers aus Ravensburg ist noch eine ganz andere Idee entstanden, von der wir noch nicht wissen, ob wir sie wirklich auf die Schiene bringen. Analog zum so genannten „Ringzug“ in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg, bei dessen Geburt ich kräftig mitgemischt hatte, gibt es Überlegungen, die Schienenverkehre im bodo-Gebiet zwischen Lindau, Wangen, Kißlegg, Aulendorf, Ravensburg und Friedrichshafen zu verbessern. Wir drei Landkreise haben uns gerade gestern darauf verständigt, diese Idee einmal mit einer Vorstudie vertieft zu untersuchen. Ich werde Sie auf dem Laufenden halten.

Die Planung für die Ortsumfahrung Markdorf geht weiter, sie ist im Haushalt 2020 abgebildet, wie vom Kreistag beschlossen. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass diese Straße eine deutliche Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Landkreis mit sich bringen wird – und nicht nur eine Entlastung der Innenstadt von Markdorf. Wie man angesichts des täglichen stop-and-go-Verkehrs in Markdorf an der Sinnhaftigkeit dieser Straße ernsthaft zweifeln kann, ist für mich ein Rätsel. Wollen wir wirklich den jetzigen Zustand für die nächsten dreißig bis fünfzig Jahre festschreiben?

Ich freue mich, dass jetzt endlich – im vierten Anlauf – die Kreisstraße zwischen Leutstetten und Frickingen ausgebaut werden kann. Und die vermutlich schlechteste Kreisstraße, nämlich die zwischen Ittendorf und Kippenhausen, wird in Teilabschnitten zwar nicht, wie vor Jahren noch vorgesehen – ausgebaut, aber immerhin saniert.

Die Anforderungen an den Unterhalt der Straßen, Rad- und Gehwege steigen unaufhörlich. Wir müssen hier dringend personell, aber auch technisch, insbesondere im Sicherheitsbereich nachsteuern. Wir haben dazu heute noch einen wichtigen Punkt auf der Tagesordnung.

Wohl nicht ändern können wir, dass die zunehmende Aggressivität auch die Kollegen von den Straßenmeistereien zu spüren bekommen. Ich bin erst kürzlich selbst mit einem Fahrzeug mitgefahren, um mir davon ein Bild zu machen. Natürlich ist aber auch Mehrarbeit in Form neuer Straßen hinzugekommen. Und übrigens: der Mehraufwand beim Pflegen einer dreistreifigen Bundesstraße gegenüber einer zweibahnigen ist erheblich!

Das Radwegenetz wird weiter ertüchtigt, wir arbeiten die Aufgaben des Radverkehrskonzeptes Stück für Stück ab.

Der Flughafen Friedrichshafen war in den letzten Monaten immer wieder ein Thema, vor allem in der Presse. Ich bin schon überrascht, wie manche die Bedeutung des Flughafens für die Region herunterspielen. Der Flughafen ist unser „Tor zur Welt“. Dies gilt nicht nur für die kleinen und großen Unternehmen mit Weltgeltung vor Ort, für die der Flughafen ein klarer Standortfaktor ist. Auch touristische Verbindungen sind ein wichtiges Kriterium für die Attraktivität unserer Region.

Und schließlich etwas, das leicht vergessen wird: Am Flughafenbetrieb hängen mehrere hundert direkte Arbeitsplätze (in der Flughafengesellschaft, bei Polizei, Zoll, Autovermietern etc.), viele weitere Arbeitsplätze hängen direkt vom Flughafen ab (z.B. in Restaurants und Hotels sowie bei zahlreichen Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben).

Aus Berlin gibt es gute Nachrichten: die Bundesregierung ist gerade dabei, die Flugsicherung für Regionalflyer neu zu regeln und hierfür die Kosten zu übernehmen. Das könnte für unseren Flughafen eine Erleichterung im niedrigen siebenstelligen Bereich pro Jahr mit sich bringen.

Der Bodenseekreis hat gemeinsam mit der Stadt Friedrichshafen, also die beiden größten Flughafen-Gesellschafter, sich immer wieder klar zum Flughafen bekannt. Jetzt ist es an der Landesregierung, ihren Teil zur Stützung dieser wichtigen Infrastruktur beizutragen. Wir sind nach Gesprächen mit den beiden Regierungsfractionen in Stuttgart vorsichtig optimistisch, dass der Flughafen auch vom Land eine Unterstützung erhält.

Nun aber zum eigenen Haus: für die Kreisverwaltung wird ein Neubau immer dringender. Das schon erwähnte BTHG bedeutet für uns rund 18 neue Stellen. Die Personalkosten werden – davon gehen wir aus – vom Land bezahlt werden, aber die Kollegen müssen auch irgendwo sitzen. Wir haben dem Kreistag im Rahmen der Klausurtagung eine Führung durchs Haus angeboten. Wer dabei war, hat gesehen, dass z.B. im Jobcenter die Beratungsmöglichkeiten sehr eingeschränkt sind. Ich will zwar nicht so weit gehen wie ein Kollege, der gesagt hat, er könne seine Aufgabe nicht mehr wahrnehmen. Aber zumindest die Qualität unserer Dienstleistung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises leidet schon jetzt unter der Platzsituation.

Der Landkreis muss auch als Arbeitgeber attraktiv bleiben, das wird mit Raumverhältnissen, die jedenfalls zum Teil an der Kante dessen sind, was die Arbeitsstättenrichtlinien erlauben, nicht möglich sein. Das ist kein Zustand, den wir akzeptieren können. Ich bin dankbar, dass der Gemeinderat der Stadt Friedrichshafen mit uns gemeinsam den Weg zum Neubau gehen will und kann nur hoffen, dass wir das miteinander zügig tun. Die notwendigen finanziellen Mittel für den Wettbewerb sind im Haushalt 2020 enthalten.

Es ist ja interessant, welche Ratschläge wir in den letzten Tagen von Menschen bekommen, die sich offenbar mit dem Thema noch nicht wirklich beschäftigt haben. Natürlich haben wir geprüft, ob und wie das alte Landratsamtsgebäude saniert werden kann. Mit dieser Frage hat sich der Kreistag – logischerweise – gleich zu Beginn der Diskussion beschäftigt. Seinerzeit haben wir das von Fachleuten eingehend prüfen lassen. Eine zeitgemäße Sanierung würde die komplette Entkernung des Gebäudes bis auf das Betonskelett bedeuten. Dieses Skelett müsste man dann wieder füllen mit dem Ergebnis, dass wir am Ende unwesentlich mehr Fläche zur Verfügung hätten, zu denselben Kosten wie für einen vergleichbaren Neubau. Was wir aber wirklich brauchen, ist mehr Fläche – weil die Kreisverwaltung seit den 1970er Jahren deutlich gewachsen ist und weiter wächst – den Platz für moderne Arbeits- und Service-Prozesse und eine Entwicklungsmöglichkeit am Standort in den kommenden Jahrzehnten.

Deshalb ist die mit der Stadt Friedrichshafen abgestimmte Neubau-Strategie der richtige Weg. Ein kleiner Tipp an die, die meinten, uns per Presse gute Ratschläge geben zu müssen: erst mal informieren und dann urteilen!

Neben den beschriebenen Aufgaben kommt eine Herausforderung auf das Landratsamt wie auf alle Lebensbereiche zu, nämlich die Digitalisierung. Wir sind hierbei schon ein ordentliches Stück Weg gegangen, aber der größere Teil des Weges liegt noch vor uns. Was wir vor allem brauchen, ist jemand, bei dem die Fäden einer Digitalisierungsstrategie zusammenlaufen. Eine entsprechende Stelle ist im Haushalt vorgesehen. Auch im Bereich Datenschutz müssen wir aufrüsten. Zwar gehen wir davon aus, dass wir dazu ebenfalls eine weitere Stelle brauchen, wir wollen es aber erst einmal mit einer halben Stelle probieren. Das soll für Sie, meine Damen und Herrn Kreisräte, auch ein Zeichen dafür sein, dass wir auch den Stellenplan im Haushalt sorgfältig und kritisch bearbeitet haben. Trotzdem sind neben den zusätzlichen Stellen im Bereich BTHG und Straßenbetriebsdienst und dem Wegfall von dreizehn Stellen beim Forstamt eine Reihe weiterer Stellen notwendig, um den zusätzlichen Aufgaben, die von Bund und Land laufend auf uns zukommen, gerecht zu werden. Zum Teil sind auch diese Stellen gegenfinanziert, zum Teil sind sie aber auch vom Landkreis zu bezahlen. Insgesamt liegt die Quote der Personalkosten, die von Dritten, insbesondere vom Bund (z.B. Jobcenter), vom Land (Untere Verwaltungsbehörden), oder auch den Gemeinden (z.B. Archivstelle für die Gemeindearchive oder Kindergartenfachberatung) bezahlt werden, bei stattlichen rund 35%.

Oder anders herum ausgedrückt: nur rund 2/3 der 65 Mio. Euro Personalkosten belasten unter dem Strich die Finanzen des Landkreises. Das ist immer noch ein ordentlicher Betrag. Aber pro Stelle sind das im Durchschnitt 50.000 Euro einschl. Arbeitgeberanteil. Damit liegen wir absolut im Rahmen – im Vergleich zur Industrie weit darunter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der vorliegende Haushaltsentwurf ist eine gute Grundlage für die Erfüllung der Pflichten, die der Landkreis hat. Angesichts der beschriebenen Herausforderungen der Zukunft, werden wir aber auch im kommenden Jahr mit viel Weitsicht und dem Blick für längerfristige Anforderungen unterwegs sein müssen.

Ich freue mich auf die Diskussion über unseren Entwurf und bedanke mich fürs Zuhören.